

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Sebadorf, Adlig. Bernsdorf, Adlig. St. Egidien, Sehadorf, Marienau, Adlig. Ortmannsdorf, Mühlen St. Niklas, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niederwülzen, Rühlhaukel und Zirsdorf

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Adliglichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 27.

Hauptveröffentlichung
im Amtsgerichtsbezirk

Freitag, den 1. Februar

Bestverkaufteste Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Lebensmittelversorgung in Lichtenstein.
Kartoffeln auf Wochentage für die nächsten 14 Tage
Montag, den 4. Februar 1918, vorm. von 8-12 Uhr im Kartoffelkeller an der Glauchauer Str. Rote Karte 10 Wfd. — 90 Pfg. und grüne Karte 14 Wfd. — 1,26 M. Wfd. mit 18 und 19. Bezahlung vorher im Lebensmittelamt.

Kaffee-Ersatzarten.

Die Ausgabe der Kaffee-Ersatzarten erfolgt am Freitag den 1. Februar vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr in unserem Lebensmittelamt gegen Vorlegung der Brotkarte.

Bestandsaufnahme von Fässern betreffend.

Von Seiten der Reichsstelle wird darauf hingewiesen, daß auch die von der Bestandsaufnahme ausgenommenen Fässer — also die in landwirtschaftlichen, industriellen und ähnlichen Betrieben, (Gärtern, Fabriken usw.) gebrauchten, zur Bestandsaufnahme gehören — meldespflichtig sind. (Vergl. § 5 c der Bestandsaufnahme vom 28. 6. 1917.)

Es werden daher die rücksichtigen, meldespflichtigen Betriebe und Personen zur Einreichung der Anmeldung vorhandener Fässer, gleichgültig ob leer oder gefüllt, neu oder ungebraucht, auf dem vorgeschriebenen Vordruck bis 18. Februar 1918 und zwar beim Bezirksverband der Adliglichen Amtshauptmannschaft Glauchau heranzuziehen.

Anmeldungsformulare sind umgehend bei der Reichsstelle Berlin anzufordern.

Glauchau, den 29. Januar 1918.

Der Bürgermeister.

Ausgabe von Frauen- und Kinderstrümpfen an Arbeitslose und Kriegsfamilien.

Sonntag, den 2. Februar nachmittags 3-5 Uhr im Gemeindefaal.
Der Preis für Frauenstrümpfe schwankt zwischen 2,85 M. und 3,15 M. und derjenige für Kinderstrümpfe zwischen 1,85 M. und 2,65 M.
Brotkarte vorlegen! — Geld abgeholt mitbringen!
Der Ortsausführung für Kriegshilfe.

Strickerinnen in Gallenberg.

Montag, den 4. Februar nachmittags 3 bis 5 Uhr.
Ablieferung der fertigen Strümpfe und Garatelle auf dem Rathaus.
Der Ortsausführung für Kriegshilfe.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Laut Deutscher Tageszeitung melden französische Blätter eine riesige Feuersbrunst in Newmarket-Brooklyn, die habe Tode auf einer Länge von 1000 Metern, sowie 7 staatliche Speicher zerstört.

* Der schwedische König, der seit einigen Tagen in Schweden weilt, beschloß, mit Rücksicht auf die Lage in Finnland nach Stockholm zurückzukehren.

* Bei Kiew wird eine Entscheidungsschlacht zwischen den Maximilianisten und den Ukrainern erwartet.

* Nach Mitteilung der in Brüssel-Litostoff verbliebenen Vertreter der Kiewer Zentralrada soll die ukrainische Delegation am 28. Januar aus Kiew abgefahren sein.

Lloyd Georges letzte Hoffnung.

London, 28. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten herrscht wegen der Zahlungsansprüche des ganzen Geschäftslebens in der englischen Weltwirtschaft starke Misshimmung. Auf die in schärfster Form an Lloyd George gerichtete Frage, weshalb er nicht auf Kosten von Englands Verbündeten mit Deutschland einen für England vorteilhaften Frieden schließt, habe er geantwortet, dazu sei immer noch Zeit, denn er habe die absolute Gewißheit, daß Deutschland jederzeit zu einem solchen Frieden, der England schonen würde, auch im Falle eines völligen Sieges bereit sei. Er, Lloyd George, schäme die amerikanische Hilfe auch nur gering ein und verkenne keineswegs die wachsende Gefahr des Uebelwärtigen. Aber die Herren möchten nur noch ganz kurze Zeit Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten liehe die Revolution in Deutschland unmittelbar bevor. Die ganze demokratische Bewegung in Deutschland sei so stark, daß man auf diese Weise, ohne die eigenen Verbündeten preiszugeben braun-

de, mit Sicherheit zu einem sogenannten amerikanischen Frieden gelangen werde, der Englands Kriegsziel, die wirtschaftliche Bewahrung Deutschlands, ohne daß Deutschland es selber merke, voll bringe.

Sozialdemokratische Strebenziele.

Schöne Aussichten eröffnet uns die Sozialdemokratie. Bisher hatte sie während der Kriegszeit ihre sozialen und wirtschaftlichen Pläne in den Hintergrund gedrückt und sich wohlweislich über sie ausgesprochen. Jetzt, mit einem Male, offenbart sie ihre wirtschaftspolitischen Ziele für die Zeit nach dem Frieden. Das Chemnitzer Organ der „gemäßigten“ Sozialdemokratie schreibt:

Wir verstehen unter Freiheit z. B. die Verteilung des Eigentums nach dem Prinzip der Gleichheit, die Verteilung der Bildung nach dem Prinzip gleicher Berücksichtigung aller Benachteiligten, kurzum: wir verstehen unter Freiheit eine Gesellschaftsordnung, in der der einzelne im Genuß seiner individuellen Rechte nicht zugunsten der Vorrechte anderer beschränkt ist, sondern höchstens zugunsten des übergeordneten Interesses der Gesamtheit, das schließlich auch mit seinem Einzelinteresse sich deckt. Gerade weil wir den Menschen bereiten wollen aus der ökonomischen Sklaverei, gerade weil wir alle produktiven Kräfte entwickeln wollen, fordern wir Zwangswirtschaft auf allen Gebieten und ohne Ausnahme, wo sie zur Erreichung dieses freibürgerlichen Ziels erforderlich ist. Darum fordern wir die Ausschaltung des sogenannten freien, d. h. unzüchtig verteuerten und dadurch die Produktivität der Arbeit lähmenden Handels. Darum fordern wir auch in der Friedenswirtschaft ganz energische Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk, und wir sind durchaus bereit, die zu diesem Zweck zu schaffenden Gesetze mit jeder Gewalt auszustatten, die sich zu ihrer Ver-

wirkung als nötig erweist. Denn nicht die Freiheit eithiger Wohlgenährten und Wohlberühmten liegt uns am Herzen, sondern die Freiheit der Volksmassen.

In dieser Hinsicht scheinen auch in weiten bürgerlichen Kreisen heute die merkwürdigsten Vorstellungen zu bestehen. Sie scheinen zu glauben, daß die politischen Forderungen der Demokratisierung und Selbstzweck wären, und daß wir uns mit einem mächtigen gewählten Wahlrechtskonventionen abgeben können. Davon kann keine Rede sein. Die Demokratisierung ist uns nur eine Stange auf dem Weg zur politischen Macht, weil wir im Besitz dieser Macht die Gesellschaftsordnung ändern und unseren Forderungen anpassen wollen.

Nach der ganze deutsche Volk lehnt sich aus dem Zwangswirtschaft heraus, die als ein Mittel zu erlangendes notwendiges Hebel empfunden wird. Es wäre zum Verzweifeln, wenn wir uns nicht mit der Hoffnung trösten könnten, nach Friedensschluß diese Freiheitsbestrebungen selbst als mächtig loszubrechen. Die Sozialdemokratie will den letzten Zustand vermeiden. Ja, noch mehr! Sie fordert auch eine ganz energische Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk, was den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands bedeuten würde. Was kann unsere Fortschrittler zu diesem Proaktum? Können sie es verantworten, die Forderungen solcher Bestrebungen zu unterstützen? In Sachsen können haben sie das getan.

Sachbare Zustände an der russischen Front.

Berlin, 30. Januar. Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Denis Dzerzhinski, Staatschef des Oberkommandos, welches

Bezirksverband. R.-V.-Nr.: 197. B.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst hat zum Leiter der Rübenauflaufstelle gemäß Ministerialverordnung vom 28. Dezember 1917 den derzeitigen Leiter der Bezirks-Gemüse- und Obststelle, Herrn Edwin Stok in Glauchau (Fernsprecher 538), ernannt.

Glauchau, den 31. Januar 1918.

Amtshauptmann Freiherr v. Weid.

Mit Rücksicht auf die weitere Verschlechterung der Schlachtkühe der Rinder, namentlich der aus den Ueberflutungsgebieten gelieferten, und die Notwendigkeit, zeitweilig den Fleischbedarf der großen Städte zum Teil mit Gefrierfleisch zu decken, sowie auf die hohen Preise der zur Wurstherstellung erforderlichen Stoffe und Zutaten erhalten die §§ 1 und 4 der Bekanntmachung über einheitliche Höchstpreise für Rind-, Kalbfleisch und Wurst vom 12. Dezember 1917 (Sächsische Staatszeitung Nr. 297) folgende Fassung:

§ 1. Für die Abgabe an Verbraucher dürfen nur Preise für „Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage“, „Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage“, „Schaffleisch“, „Blutwurst“, „Leberwurst“, „Brühwurst“ und „Mettwurst“ festgesetzt werden. Die Abgabe von Fleisch ohne Knochen (mit Ausnahme des Schafleisches) wird untersagt. Die Knochenbeilage darf nicht mehr als ein Fünftel der abgegebenen Fleischmenge betragen. Verboten ist die Herstellung einer anderen Wurstart als der hier genannten.

§ 4. Als Höchstpreise werden festgesetzt:

Für 1 Kilogramm in	Preisklasse A	Preisklasse B	Preisklasse C
a) Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage	4,50 M.	4,00 M.	3,80 M.
b) Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage	3,70 .	3,50 .	3,30 .
c) Schaffleisch	5,00 .	4,80 .	4,60 .
d) Blutwurst	4,40 .	4,10 .	3,80 .
Leberwurst und			
Brühwurst			
e) Mettwurst	5,00 .	4,80 .	4,60 .

Sobald die Kommunalverbände keine niedrigeren Preise bestimmen, wenn sie beim Vorliegen der Voraussetzungen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, gelten die vorstehenden Preise als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Dresden, am 29. Januar 1918.

Ministerium des Innern.